

A microscopic image of plant tissue, likely a cross-section of a stem or root, showing various cellular structures. A white rectangular box is overlaid on the right side of the image, containing the text 'Notstand' and 'État d'urgence' in a bold, dark blue font. The background of the slide is a dark blue gradient.

Notstand État d'urgence

FemInfo 55, August 2020 • FemInfo 55, août 2020

Herausgeberin • Éditrice

Verein Feministische Wissenschaft Schweiz
Association suisse Femmes Féminisme Recherche

Nationaler Vorstand • Comité national

Katharina Pelzelmayer, Martina Amsler, Martina Bundi, Nina Seiler,
Saskia Kircali

Geschäftsleiterin • Directrice générale

Mirjam Aggeler

Geschäftsstelle • Secrétariat

Verein Feministische Wissenschaft Schweiz
Postfach
CH-3001 Bern
PC 30-37698-6

info@femwiss.ch
www.femwiss.ch

Redaktion • Édition

Katharina Pelzelmayer, Martina Amsler, Martina Bundi, Mirjam
Aggeler, Nina Seiler, Saskia Kircali

Layout • Graphisme

Nora Ryser, Mirjam Aggeler

Cover • Couverture

Nora Ryser

Übersetzung • Traduction

Alexandra Cinter ◦

Druck • Impression

Das FemInfo wird auf Pro Futura – ein mit dem Blauen Engel
ausgezeichnetes 100 % Recyclingpapier – in der Druckerei
Reitschule in Bern gedruckt.

Auflage • Tirage

1000 Exemplare • 1000 Exemplaires

Erscheinen • Annonce

3 Mal jährlich • 3 fois par année

Inserate • Annonce

1 Seite • 1 page CHF 250.–
1/2 Seite • 1/2 page CHF 130.–

Manuskripte • Manuscrits

info@femwiss.ch

Nächster Redaktionsschluss • Prochain délai de rédaction

1.11.2020

Inhalt • Sommaire

Vorwort • Avant-propos	2
Wer bezahlt für die Krise?	4
Aus Erfahrung lernen	4
Asylverfahren: Rechtsschutz weiter abgebaut	8
Corona-Massnahmen zulasten der Verfahrensrechte	8
An den Frauen darf nicht noch mehr gespart werden!	12
Konkrete Forderungen statt Applaus	12
Dans le même bateau	17
Certain*es doivent plus ramer que d'autres	17
Race im Alltag	22
Rede des Schwarzfeministischen Kollektivs	22
Verschärfte Ungleichheiten in der Krise	25
Care als Voraussetzung ernst nehmen	25
Covid-19-Krise in Afghanistan	30
Geschlechtsspezifische Auswirkungen	30
Wer war sie?	34
Emilie Lieberherr	34
Recension	35
La révolution féministe	35
Rezenion	38
Vorbild und Vorurteil	38
Agenda	40
FemWiss-Vollversammlung	40
Call for Papers	40

TEXT: MIRJAM AGGELER

Die soziale und ökonomische Krise, in der wir uns befinden, bringt keine unbekannteren Ungleichheiten hervor – aber sie verschärft die bereits bestehenden massiv. Am existenziellsten trifft es jene, die dem systemischen Würgegriff schon vor der Krise am stärksten ausgeliefert waren. Dass diese Tatsache weitestgehend ausser Acht gelassen wird, zeigt sich schon an der Definition der Risikogruppe. Denn für diese Gruppe werden ausschliesslich Menschen mitgedacht, deren Überlebenschancen im Falle einer Infektion mit dem Coronavirus verhältnismässig geringer sind. Eine viel zu enge Definition – denn es gibt zahlreiche andere Risiken, die in dieser Krise lebensbedrohlich werden können. Und zwar nicht nur durch das Virus selbst, sondern auch durch die Massnahmen zu dessen Eindämmung.

Der Kampf um die politische Deutungshoheit ist längst in vollem Gange. So wurde beispielsweise – unter anderem durch die Schliessung der Grenzen – legitimiert, dass sich die Corona-Debatte entlang einer Rhetorik vom Schutz der *Unsrigen* bewegt.

Wobei mit den *Unsrigen* wiederum nur ein Teil der Gesellschaft gemeint ist. So hat etwa die Ausserkraftsetzung des Arbeitsrechts für das Pflegepersonal, während zeitgleich Milliarden für die Reanimation der Wirtschaft bereitgestellt wurden, nicht für allgemeine Empörung gesorgt: Galt Sorgearbeit doch nun als «systemrelevant». Im Kontext dieser definitorischen Arbeit an den diskursbestimmenden Schlüsselbegriffen erstaunt es kaum noch, dass Solidarität – ein Begriff, der sich im sogenannten Normalzustand nicht bis in die bürgerliche Mitte verirrt – plötzlich in aller Munde ist. Aber eben nur, solange sie die richtigen Menschen ein- und alle anderen ausschliesst.

Wie unzählige Feminist*innen und andere Aktivist*innen, so leisten auch wir mit diesem Heft einen Beitrag zur noch lange nicht abgeschlossenen Auseinandersetzung mit dem Corona-Notstand und seinen Folgen. Was bedeutet dieser Notstand für die Unterdrücktesten einer Gesellschaft? Aber auch: Wer geht in der ganzen Geschichte vergessen? Und vor allem: Wer bezahlt dafür?

TEXTE: MIRJAM AGGELER ◦

La crise économique et sociale que nous traversons ne produit pas d'inégalités nouvelles, mais elle re force considérablement celles qui existaient déjà. Celles et ceux dont l'existence est la plus menacée sont les mêmes qui, déjà avant la crise, étaient étranglés par le système. La définition même du groupe à risque montre que cet état de fait n'est pas pris en compte. En effet, celle-ci regroupe exclusivement les personnes dont les chances de survie en cas d'infection au coronavirus sont relativement réduites, définition beaucoup trop restreinte. Car dans cette crise, outre le virus lui-même, de nombreux autres risques menacent la survie, engendrés notamment par les mesures prises pour l'enrayer.

La lutte pour le monopole du récit politique fait rage depuis longtemps. On a ainsi légitimé, entre autres par la fermeture des frontières, le fait que les débats autour du coronavirus se situent dans une dialectique de protection des *nôtres*, lesquels ne désignent une fois de plus qu'une partie de la société. Par exemple, la suspension du droit du travail pour le personnel

soignant, alors même que des milliards étaient débloqués pour relancer l'économie, n'a pas suscité l'indignation générale: après tout, le travail des soignant-e-s était maintenant reconnu « d'importance systémique ». On s'étonne à peine, dans ce contexte de travail définitoire des mots-clés façonnant le discours, que le terme *solidarité* – pas même utilisé par le centre droit dans la situation dite normale – se retrouve subitement sur toutes les lèvres. Mais on l'utilise précisément tant qu'il inclut les bonnes personnes et exclut toutes les autres.

Comme bien d'autres féministes* et activistes*, nous proposons nous aussi avec ce numéro une contribution au sujet, encore loin d'être clos, de la crise du coronavirus et de ses conséquences. Que représente la crise pour les membres les plus défavorisés d'une société? Mais aussi, qui sont les oubliés de toute cette histoire? Et surtout, qui paie la facture?

Aus Erfahrung lernen

TEXT: ALEX WISCHNEWSKI

Manch eine mag sich derzeit die Augen reiben. Bei einer der letzten Gelegenheiten, am 8. März – dem internationalen Frauen*kampftag –, füllten Hunderttausende Feminist*innen in vielen Ländern noch die Strassen, um unter anderem für mehr Anerkennung und eine bessere Absicherung von Sorgearbeiten zu demonstrieren. So wie sie es schon seit Jahrzehnten problematisieren und fordern. Wenige Tage später galten Sorge-Berufe als «systemrelevant», klatschte die Bevölkerung allabendlich vom Balkon den neuen Held*innen zu, bildeten sich solidarische Nachbarschaftshilfen. Fast konnte man meinen, das Coronavirus habe – auf dramatische Weise – dem Feminismus zum Durchbruch verholfen.

Ein kurzer Traum. Inzwischen berichten Analysen und Kommentare auch in Mainstream-Medien von der stärkeren Belastung von Frauen durch die Corona-Massnahmen. Vielfach wird gar ein Rückfall in Geschlechterverhältnisse der 1950er-Jahre beschworen. Tatsächlich sind es hauptsächlich Frauen, die die Rückverlagerung von Betreuung, Beschulung und

Pflege von Angehörigen in die Privathaushalte aufzufangen. Das hängt sicherlich mit unterschiedlichen Rollenzuschreibungen und Sozialisierungen zusammen, für viele Paare ist es aber auch schlicht eine ökonomische Notwendigkeit. In heterosexuellen Paaren verdient die Frau meistens weniger, viele Frauen arbeiten ohnehin Teilzeit. Die finanziellen Einbussen sind also geringer, wenn sie bei der Lohnarbeit Abstriche macht. Eine einfache Rechnung. So ist es fast erstaunlich, dass letztlich «nur» rund 20 Prozent der Frauen ihre bezahlte Arbeitszeit reduzierten.¹ Aber wer weiss, wie viele weitere dies im Sinne der Selbstsorge eigentlich hätten tun sollen, aber aus Angst vor Jobverlust und Karriereknick davon abgesehen haben?

Die politischen Antworten auf die Corona-Pandemie haben in Deutschland wie in vielen anderen Ländern offensichtlich darauf gebaut, dass irgendjemand diese Arbeiten schon irgendwie übernehmen wird, eben weil es gar nicht anders geht. Entlastungen wurden deshalb erst gar nicht angegangen. Vorübergehende

Alex Wischnewski ist Programmleiterin Globaler Feminismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie hat das Netzwerk Care Revolution und das Berliner Komitee für einen feministischen Streik mitgegründet. Aktuell ist sie aktiv bei der Plattform #keinemehr gegen Femizide und Mitglied in der Partei DIE LINKE.

Massnahmen wie ein zusätzliches Corona-Elterngeld, bezahlter Erziehungsurlaub, ein Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung oder zumindest ein Ausbau des Rückkehrrechts von Teilzeit auf Vollzeit standen nicht zur Debatte. Und auch im Konjunkturpaket als Antwort auf die kommende Wirtschaftskrise finden sich neben einem Entlastungsbetrag für Alleinerziehende und einem indirekt und sehr beschränkt wirkenden Kinderbonus keine Instrumente, die darauf zielen, die für viele Frauen durch die Schliessungen öffentlicher Einrichtungen entstandenen Nachteile auszugleichen oder die Verhältnisse, in denen Sorge bezahlt und unbezahlt geleistet wird, nachhaltig abzusichern.

Das lässt für die erst noch bevorstehende Krise Bitteres erwarten. Denn auch in der letzten Wirtschaftskrise ab 2008 waren es in der EU weniger die direkten Effekte, sondern erst die politischen Antworten, die zulasten von Frauen gingen.² Die Austeritätspolitik setzte ganz besonders an jenen Infrastrukturen an, die für die Sorge für sich und andere notwendig sind: im Gesundheitsbereich, in der Pflege, bei Bildung und Erziehung. Das betraf Frauen doppelt. Zum einen sind sie in diesen Feldern überwiegend tätig, zum anderen

fangen sie die Folgen des sozialstaatlichen Rückzugs wiederum in ihren Familien auf.

Zu hoffen ist, dass für soziale und feministische Bewegungen durch die gesellschaftliche und mediale Aufmerksamkeit heute andere Ausgangsbedingungen existieren, um dem entschieden entgegenzutreten oder gar darüber hinausweisende Perspektiven zu eröffnen.

Die Krise hat uns nicht nur gezeigt, dass wir alle auf die Sorge umeinander, wenn auch in unterschiedlicher Form und Ausprägung, angewiesen sind, sondern auch, dass diese Sorgearbeit ein starkes affektives Moment besitzt. Dessen Bedeutung wurde durch die Beschränkung und Transformation während der Quarantäne und der sozialen Distanzierung für breite

- 1 Allmendinger, Jutta: Der lange Weg aus der Krise: www.wzb.eu/de/forschung/corona-und-die-folgen/corona-studie-zeigt-die-realitaet-unter-dem-brennglas.
- 2 Wischnewski, Alex: Die Krise hat ein Geschlecht: www.rosalux.de/publikation/id/39999/die-krise-hat-ein-geschlecht.

Wer bezahlt für die Krise ?

3 «Feminist emergency plan in the face of the Coronavirus crisis» released in Chile: www.towardfreedom.org/blog-blog/chilean-womens-movement-releases-feminist-emergency-plan-in-the-face-of-the-coronavirus-crisis.

Bevölkerungsschichten am eigenen Leib erfahrbar. Wenn wir uns nach der Interaktion mit anderen Menschen gesehnt haben, auch über unseren Haushalt hinaus, dann meinten wir die vielfältigen, zuvor häufig unsichtbaren Ausdrucksweisen von Aufmerksamkeit, Anerkennung, Zuneigung. Dieses affektive Moment gilt für unsere privaten Nahbeziehungen, für die Menschen, die wir lieben, es gilt aber ebenso für jegliche Sorgearbeit – also auch für die öffentliche: für die Pflege in Krankenhäusern etwa, oder die sogenannte Fremdbetreuung von Kindern.

Wenn wir in Zukunft über gute Pflege und weitere Sorgetätigkeiten diskutieren, müssen wir über eine ihrer Systemrelevanz angemessene Entlohnung für Sorgeberufe reden und über einen Ausbau jener Infrastruktur, die gerade grosse Anerkennung erfahren hat, weil sie unser Überleben sicherte und sichert. Aber es sollte unbedingt auch das Moment des Kümmerens in Debatten und Planungen einbezogen werden, wie es bisher selbst in linken Konzepten nicht geschieht. Nicht zuletzt auch deshalb, weil es noch immer als «weiblich» beschrieben und beides zusammen abgewertet wird. Das Affektive wirklich wertzuschätzen, könnte deshalb auch eine weiterreichende anti-patriarchale Wirkung entfalten. Konkret geht es dann vor allem um mehr Zeit – und das bedeutet ebenso: Absicherung dieser Zeit – für affektive Arbeit. Die Forderung nach einer Personalbemessung ist dafür äusserst relevant, ebenso wie jene nach einer allgemeinen und dauerhaften Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich.

Doch nicht nur das Aufmerksamkeitsfenster unterscheidet die Situation von jener von 2008. In den letzten Jahren ist eine starke feministische und internationale Bewegung gewachsen, die Kommunikationswege und kreative Kampfmittel erprobt hat. In Chile hat die Koordination 8M, die noch vor Kurzem mehr als eine Million Menschen mobilisierte, einen «feministischen Notfallplan angesichts der Coronavirus-Krise»³ entwickelt, der zu direktem Handeln auffordert. Um Massnahmen zu erzwingen, wie etwa eine bezahlte Freistellung für die Sorge von anderen, die Anerkennung von Kinderbetreuung zuhause als Arbeitszeit oder den kostenlosen Zugang zu Gesundheitsversorgung, wird ein Streik für all jene produktiven Arbeiten gefordert, die nicht direkt das

- 4 Wischniewski, Alex: In Krisenzeiten werden Männer gewalttätiger: www.freitag.de/autoren/der-freitag/in-krisenzeiten-werden-maenner-gewalttaetiger.
- 5 Wie kann in Corona-Zeiten Solidarität organisiert werden? In: ak – analyse & kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis, 660, 19.5.2020: www.akweb.de/ak_s/ak660/40.htm.

Gesundheitssystem und die Versorgungslage beeinträchtigen. Darüber hinaus enthält der Notfallplan Vorschläge für lokale Solidaritätsnetzwerke, die nicht nur Kinderbetreuung für Beschäftigte in der Sorgearbeit bedenken, sondern auch Unterstützung für Frauen, die von Partnerschaftsgewalt betroffen sind. Ein Problem, das insbesondere in Zeiten von Krisen zunimmt und durch Quarantäne und Ausgangssperren noch verstärkt wird.⁴

Ebenso wie der chilenische Plan, gibt es weitere feministische Initiativen, die in verschiedene Sprachen übersetzt, zwischen den Bewegungen ausgetauscht und in Videokonferenzen mit internationaler Beteiligung diskutiert und weiterentwickelt werden. In Zeiten, in denen der Nationalstaat wie schon lange nicht mehr heraufbeschworen wird, organisieren sich zahlreiche feministische Bewegungen gleichzeitig internationalistisch und lokal. Sie zeigen uns auch, dass es schon jetzt Wege gibt, um vom Staat mehr einzufordern und trotzdem selbstorganisierte Netzwerke aufzubauen, die über das Füreinander-einkaufen-Gehen hinausreichen. Dabei wird von besonderer Bedeutung sein, wie die klatschende Bevölkerung und solidari-

schen Nachbarschaften tatsächlich nachhaltig eingebunden werden können. Gerade die Schere zwischen einem Fokus auf die Situation von Frauen in grossen Medien und den mangelnden politischen Antworten in Deutschland zeigen die Bedeutung eines breit angelegten Drucks aus der Bevölkerung. Die aktuelle Situation erzeugt hier neue Herausforderungen. Die Kontaktbeschränkungen haben eine Ansprache noch nicht organisierter Menschen erschwert.⁵ Digitale Instrumente gehen häufig nicht über die eigene Social-Media-Blase hinaus. Hinzu kommt die profane Realität, dass viele Personen, die ansprechbar wären, schlicht unter Erschöpfung leiden. Ein Weg könnte deshalb sein, die selbstorganisierten Netzwerke und direkten Nachbarschaftshilfen nicht als von der politischen Organisation getrennt zu begreifen, sondern beides sehr viel stärker miteinander zu verbinden und deutlich zu machen, dass es um politische Entscheidungen geht. Im besten Fall ergibt sich dadurch ein Mobilisierungspotenzial, wenn es um die Frage geht, wer für die Krise bezahlen wird. Denn an dieser Frage wird sich jegliche Perspektive entscheiden.

Corona-Massnahmen zulasten der Verfahrensrechte

TEXT: ANNINA MULLIS

Dieser Artikel wurde für die Fachzeitschrift SozialAktuell des Berufsverbandes AvenirSocial verfasst, für die vorliegende Publikation aber überarbeitet und erweitert.

Das Coronavirus diskriminiere nicht. Auch wenn es aus virologischer Sicht zutreffen mag, dass alle Menschen das gleiche Risiko haben, an Covid-19 zu erkranken, ist das Infektionsrisiko in der Gesellschaft dennoch unterschiedlich verteilt. Sozio-ökonomischer Status, Geschlecht oder Aufenthaltstitel sind entscheidende Faktoren, denn sie beeinflussen individuelle Lebensbedingungen wie Beruf, Arbeitsbedingungen, Wohnsituation und Zugang zu Gesundheitsversorgung. So sind Frauen* mit sogenanntem Migrationshintergrund etwa in der oft schlecht bezahlten Dienstleistungsbranche, in Pflegeberufen oder in der für ausbeuterische Arbeitsverhältnisse besonders anfälligen Care-Arbeit in Privathaushalten deutlich überrepräsentiert¹; Selbstschutz durch Homeoffice war und ist in diesen Bereichen unmöglich. Bereits

vor Corona präkarisierte Bevölkerungsgruppen werden ungleich härter von der Pandemie selbst, aber auch von den Massnahmen zu deren Eindämmung, getroffen. Mit Naomi Klein gesagt: «Whatever is unequal before becomes more unequal.»² Dies zeigt sich – nicht nur, aber auch – im Asylwesen.

Zurückweisungen an der Grenze

Am 13. März 2020 führte der Bundesrat erste Einreisebeschränkungen ein und entschied, dass allen Personen an der italienisch-schweizerischen Grenze die Einreise verweigert wird. Die Einreise in die Schweiz sollte nur noch in Ausnahmefällen möglich sein – das Stellen eines Asylgesuchs gehörte nicht dazu. Justizministerin Karin Keller-Sutter begründete dies an der bundesrätlichen Medienkonferenz mit der «Gleichbehandlung», denn es sei nicht gerechtfertigt, Asylsuchende von den aus Gründen der öffentlichen Gesundheit erlassenen Einreisebeschränkungen auszunehmen. Asylgesuche könnten schliesslich «problemlos» in Italien eingereicht werden, so Keller-Sutter.

Asylverfahren: Rechtsschutz weiter ausgebaut

Annina Mullis, 1986 geboren, studierte Rechtswissenschaften an der Universität Bern. Heute ist sie als Anwältin tätig, spezialisiert auf Verwaltungsrecht mit Grund- und Menschenrechtsbezug, darunter Asyl- und Migrationsrecht, sowie Strafrecht. Sie ist Teil des Vorstands der Demokratischen Jurist*innen Schweiz und Vertreterin der Demokratischen Jurist*innen im Vorstand der European Lawyers for Democracy & Human Rights.

Allerdings bestehen in Italien insbesondere betreffend Unterbringung und Gesundheitsversorgung gravierende Mängel. Deshalb hatte das Bundesverwaltungsgericht Ende 2019 – und damit noch vor Corona – mit Urteil E-962/2019 strengere Regeln für Dublin-Überstellungen nach Italien definiert. Die Schweizerische Flüchtlingshilfe kam in einem Bericht vom Januar 2020 zum Schluss, die mangelnde Unterstützung in Italien könne zu einer Verletzung des Verbots von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung nach Artikel 3 EMRK führen.³ Der Ausbruch des Coronavirus, der Italien besonders hart traf, dürfte die ohnehin miserablen Verhältnisse für Asylsuchende noch weiter verschärft haben.

«Mit Notrecht ist vieles möglich, wenn es um den Schutz der Gesundheit geht», wird Mario Gattiker, Staatssekretär für Migration, gut eine Woche später gegenüber dem Blick sagen.⁴ Zwingendes Völkerrecht ist aber trotz Notrecht bindend. Zum Beispiel ist das Refoulement-Verbot, welches sich unter anderem aus Artikel 3 EMRK ableiten lässt, Teil des zwingenden Völkerrechts: Keine Person darf in ein Land zurückgeschickt werden, wo ihr Folter bzw.

unmenschliche Behandlung oder eine andere sehr schwere Menschenrechtsverletzung drohen. Wie dieser Schutz umgesetzt werden soll, wenn Menschen an der Grenze direkt abgewiesen werden, legen weder der Bundesrat noch das Staatssekretariat für Migration dar. Am Beispiel Italien wird somit deutlich, was im Grundsatz gilt: Werden Asylgesuche nicht entgegengenommen und die individuelle Situation der Gesuchsteller*innen nicht geprüft, kann die Schweiz nicht gewährleisten, dass zwingendes Völkerrecht eingehalten wird. Die Grenzschiessung verletzt damit internationales Recht.

- 1 Migrantinnen in der Schweiz: Situation, Leistung und Potential. Kurzbericht im Auftrag der Eidgenössischen Migrationskommission EKM, Juni 2019, S. 9.
- 2 The Intercept: Naomi Klein and Jeremy Scahill discuss Coronavirus, the election, and solidarity in the midst of a pandemic. Ausgestrahlt am 17.03.2020: www.theintercept.com.
- 3 Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH): Aufnahmebedingungen in Italien. Januar 2020, www.fluechtlingshilfe.ch.
- 4 «Wir setzen die Befragungen für eine Woche aus»: Oberster Asylchef Mario Gattiker reagiert auf Corona-Krise. 21.03.2020, www.blick.ch.

Asylverfahren: Rechtsschutz weiter ausgebaut

- 5 ebd.
- 6 Prof. Thierry Tanquerel: Note relative aux mesures prises dans le domaine de l'asile en raison du coronavirus. Zitiert nach sosf: Juristische Stellungnahme zu den Massnahmen im Asylbereich in Bezug auf das Corona-Virus. 24.04.2020, www.sosf.ch.
- 7 Im Zusammenhang mit der Anrufung eines (national definierten) Kollektives sollte immer auch der damit untrennbar verbundene Ein- und Ausschluss bestimmter Personen(gruppen) reflektiert werden. Mit Carolin Emcke gesagt: «Jedes Wir ist falsch. [...] Als ob es die sozialen, ökonomischen, politischen Ungleichheiten nicht gäbe. Wer soll das sein, dieses Wir, wenn die Lasten, die Privilegien, der Status so ungleich verteilt ist?» In: Journal – politisch-persönliche Notizen zur Corona-Krise, Eintrag vom 07.04.2020, www.projekte.sueddeutsche.de.

Rechtsvertretung nicht garantiert

Auch das innerstaatliche Asylverfahren ist von den Corona-Massnahmen berührt. Mit Beschluss vom 20. März 2020 wurden im Justizbereich die österreichischen Gerichtsferien auf den Zeitraum zwischen dem 21. März 2020 und dem 19. April 2020 ausgedehnt; in bestimmten Verfahren standen damit alle Fristen vier Wochen still. Wie auch in Nicht-Corona-Zeiten finden die Regeln über die Gerichtsferien jedoch nicht in allen Rechtsgebieten Anwendung – so auch im Asylverfahren nicht. Wo zuvor einschränkende Massnahmen mit angeblicher Gleichbehandlung gerechtfertigt wurden, sei es hier nun aus «rechtsstaatlichen Gründen» geboten, die Asylverfahren – entgegen der Forderung verschiedener NGOs und im Gegensatz zu Gerichtsverfahren in anderen Bereichen – weiterzuführen, sagten sowohl Keller-Sutter als auch Gattiker gegenüber den Medien. Eine Antwort auf die Frage, inwiefern sich ein «funktionierende[r] Rechtsstaat»⁵ darin zeige, dass auch in Corona-Zeiten trotz ansonsten weitreichender Einschränkungen des allgemeinen

Lebens negative Asylentscheide gefällt werden, blieben sowohl Regierung als auch Behörden schuldig.

Um die Verfahren weiterführen zu können, wurden am 1. April 2020 befristete Anpassungen im Asylverfahren verordnet. Diese sehen vor, dass die Anzahl Personen, die an einer Anhörung im selben Raum anwesend sind, durch Videoübertragungen reduziert wird. Weiter soll die Befragung auch ohne Rechtsvertretung möglich sein, wenn diese «pandemiebedingt» nicht teilnehmen kann. Dies bezeichnete Thierry Tanquerel, Honorarprofessor für Verfassungsrecht an der Universität Genf, im April 2020 in einem Kurzgutachten als «eine unverhältnismässige und damit verfassungswidrige Einschränkung der gesetzlichen und verfassungsmässigen Rechte der Asylsuchenden».⁶

Da diese Einschränkungen im Interesse der öffentlichen Gesundheit und getragen vom Grundsatz der «Gleichbehandlung» ergriffen worden sein sollen, müssten die Eingriffe in die Verfahrensrechte zusammen mit den allgemeinen Lockerungen wieder aufgehoben werden – so zumindest die naheliegende

Asylverfahren: Rechtsschutz weiter ausgebaut

8 Das sind die Lockerungsmassnahmen des Bundesrates, 19.06.2020, www.srf.ch.

9 Coronavirus: Vorübergehende Schutzmassnahmen im Asylwesen verlängert, 12.06.2020, www.admin.ch

10 ebd.

11 Elle, Johanna; Hess, Sabine: Asyl und Geschlecht. Dynamiken und Fallstricke des Vulnerabilitätsparadigmas. In: von Harbou, Frederik; Markow, Jekaterina (Hg.): Philosophie des Migrationsrechts. 2020, S. 316-342.

Annahme. Doch das Gegenteil trifft zu: Während Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga an der Pressekonferenz vom 19. Juni 2020 das Ende der «ausserordentlichen Lage» und die damit verbundenen Lockerungen mit den Worten «Wir⁷ erhalten viele unserer alten Freiheiten zurück» ankündigte⁸, waren die «Schutzmassnahmen» im Asylbereich erst eine Woche zuvor um weitere drei Monate verlängert worden.⁹ Während Tourist*innen wieder reisen können, sollen Asylbefragungen sogar dann durchgeführt werden können, wenn sich die befragende und die befragte Person in separaten Räumen aufhalten¹⁰ – eine weitere erhebliche Erschwerung der Anhörungsbedingungen.

Vulnerable Personen besonders betroffen

Die angesichts der «ausserordentlichen Lage» angeordneten und nun darüber hinaus geltenden Massnahmen, welche zu Einschränkungen der Verfahrensrechte führen, treffen alle Menschen im Asylverfahren angesichts der individuellen Bedeutung des Verfahrens an empfindlicher Stelle. Da sich die heutige Auslegung des Flüchtlingsbegriffs in der Schweiz

und damit der Blick der auf Behördenseite involvieren Sachbearbeiter*innen primär an einer stereotyp cis-männlich und heteronormativ geprägten Vorstellung von Flucht(gründen) und Flüchtenden orientiert, sind Frauen* und Personen, die sich ausserhalb der Geschlechterbinarität verorten, «sowohl in der strukturellen Ausgestaltung des Asylverfahrens wie auch in der konkreten Berücksichtigung fluchtrelevanter Gründe ungleich verletzlicher [...], da ihre spezifischen Erfahrungen und strukturellen Voraussetzungen nicht ausreichend zur Geltung» kommen.¹¹ Nicht nur, aber gerade für vulnerable Personengruppen ist der uneingeschränkte Zugang zu umfassender Rechtsvertretung von grundlegender Bedeutung, denn die Praxis zeigt leider nach wie vor, dass – trotz Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention und dem nationalen Asylgesetz – geschlechtsspezifischen Fluchtgründen viel zu oft nur ungenügend Rechnung getragen wird. Zusätzlich greifen nun die verfügten Corona-Massnahmen an verschiedenen Stellen in die ohnehin schwache Rechtsposition von Geflüchteten ein und rütteln damit an nichts weniger als dem Fundament eines fairen Asylverfahrens.

Konkrete Forderungen statt Applaus

TEXT: CÉLINE ANGEHRN, THERES BLÖCHLINGER, JELENA LENGGENHAGER, MASCHA MADÖRIN, URLÉ VON MATHILDE, SIMONA ISLER, ANJA PETER, HEIKE WACH UND THERESE WÜTHRICH

Mit ihrem Diskussionspapier trägt WIDE Switzerland dazu bei, den Applaus für die sogenannt systemrelevanten Care-Arbeitenden in konkrete Forderungen zu übersetzen und eine politische Debatte zur Zukunft der guten Sorge *um* und *für* Menschen zu lancieren. Bei diesem Text handelt es sich um einen Auszug aus dem Diskussionsbeitrag «Corona, Krise und Care-Arbeit». Die ungekürzte Fassung findet sich hier: www.wide-switzerland.ch/de/home.

Wir stellen fest

- 1.** Unter Care-Arbeit verstehen wir alle unbezahlte und bezahlte Arbeit rund um die Sorge *für* und die Versorgung *von* Menschen. Care-Arbeit ist entscheidend, wenn es um den Lebensstandard und das Wohlergehen von uns allen geht: um die Gesundheit, das Aufziehen von Kindern, die Betreuung von Angehörigen, Freiwilligenarbeit, die Lebensmittelversorgung und soziale Sicherheit.
- 2.** Rund zwei Drittel der Wirtschaft ist Care-Arbeit. 69 Prozent aller Arbeit in der Schweiz – in Stunden gemessen – wird im Sektor der Sorge- und Versorgungswirtschaft geleistet.¹ Und trotzdem gibt es weder eine landesweite Debatte über diesen Sektor, geschweige denn eine Strategie zu dessen Organisation und Finanzierung.
- 3.** Care-Arbeit ist nicht wie jede andere Arbeit: 1. Sie findet zwischen Menschen statt, und physische Nähe ist meistens zentrales Element dieser Arbeit. Deshalb sind Personen, die Care-Arbeit leisten, einem höheren Infektionsrisiko ausgesetzt. 2. Sie ist systemrelevant, d.h. elementar für unsere Leben. Auf diese Arbeit kann nicht verzichtet werden.
- 4.** Frauen leisten den Hauptanteil der Care-Arbeit – bezahlt und unbezahlt.
- 5.** Im gesamten Care-Sektor fehlt es an zeitlichen, finanziellen und personellen Ressourcen. Die Löhne und Arbeitsbedingungen sind im Vergleich zu anderen Branchen schlecht, der grösste Teil der Sorge- und

An den Frauen darf nicht noch mehr gespart werden!

WIDE Switzerland ist ein unabhängiges, feministisches Netzwerk. WIDE setzt sich mit Care-Ökonomie auseinander sowie mit Wirtschafts-, Sozial- und Entwicklungspolitik. WIDE vermittelt Wissen, lanciert Diskussionen und nimmt politisch Einfluss. Der WIDE-Debattierclub zu Politik, Ökonomie und Care ist ein selbstorganisiertes Gefäss für die Diskussion aktueller politischer Fragen aus der Perspektive der Care-Ökonomie. Eine Arbeitsgruppe des Debattierclubs hat vorliegende Stellungnahme verfasst.

Versorgungsarbeit wird zudem unbezahlt geleistet. Care-Arbeit und Care-Arbeitende sind in den zentralen Entscheidungsgremien des Bundes ungenügend repräsentiert.

6. Die Corona-Krise verdeutlicht die Bedeutung der Care-Arbeit und verschärft den Mangel an Ressourcen und politischer Repräsentation. Frauen tragen mit ihrer Care-Arbeit überverhältnismässig viel zur Bewältigung der Krise bei. Es sind hingegen in der Überzahl nicht-care-arbeitende Männer, die politische Entscheidungen fällen und die Krise managen.

Wir fordern

1. Eine nationale Taskforce «Sorge- und Versorgungswirtschaft» mit Einbezug von Fachpersonen aus folgenden Bereichen: Kinderbetreuung, Pflege, Bildung, Soziale Arbeit, Altenpflege und andere Gesundheitsberufe, Hauswirtschaft, Reinigung, Detailhandel, Gastronomie und weitere personenbezogene Dienstleistungen, unbezahlte Haus- und Familienarbeit sowie feministische Wissenschaft.

2. Die angemessene Vertretung der Frauen, d.h. 50 Prozent in allen bereits bestehenden und zukünftigen Expert*innengremien zur Bewältigung der Krise auf den Ebenen von Bund, Kantonen und Gemeinden.

3. Ein landesweites Hilfspaket «Care-Arbeit»: Alle Kosten der Corona-Krise in den Bereichen Bildung, Betreuung und Pflege müssen vom Bund «à fonds perdu» getragen werden, sowohl in bezahlten wie auch in unbezahlten Arbeitsverhältnissen. Die Zusatzbelastung der vergangenen und möglicherweise zukünftigen Monate in diesen Bereichen muss entlohnt werden.

4. Eine bessere öffentliche Finanzierung und Entlohnung systemrelevanter Tätigkeiten im Care-Sektor. Es braucht eine nationale Strategie zur Organisation und Finanzierung der Care-Arbeit, die der Sorge und Versorgung der ganzen Bevölkerung dient und nicht auf der finanziellen und zeitlichen Ausbeutung von Frauen beruht. Wir brauchen dringend eine öffentliche Debatte über die Zukunft des Service Public im Sorge- und Versorgungssektor.

An den Frauen darf nicht noch mehr gespart werden!

1 Care-Arbeit, Sorge- und Versorgungsarbeit, personenbezogene und haushaltsnahe Dienstleistungen werden synonym gebraucht. Siehe dazu Mascha Madörin, Zählen, was zählt. Sorge- und Versorgungswirtschaft als Teil der Gesamtwirtschaft, in: Knobloch, U. (Hg.), Ökonomie des Versorgens, Feministisch-kritische Wirtschaftstheorien im deutschsprachigen Raum, Weinheim Basel 2019, Tab. 3, S. 109/110.

5. Ein Gender-Budgeting der Corona-Massnahmen, das nicht nur Geldflüsse, sondern auch die Ressource Zeit berücksichtigt: Darin ist zu erfassen, wie sich die Arbeitsbelastung von Frauen und Männern (inkl. unbezahlter Arbeit) verändert hat und in welchem Umfang Frauen bzw. Männer von den gesprochenen Corona-Hilfsgeldern profitieren.

6. Den effektiven Schutz der Risikogruppe: Für sie muss der Zugang zu essenziellen öffentlichen Räumen möglichst risikofrei gewährleistet sein. Dieser Gesundheitsschutz kann nicht einfach der Eigenverantwortung Einzelner überlassen werden, nicht zuletzt wegen der grossen Ansteckungsgefahr durch Asymptomatische.

7. Eine Demokratisierung des Wissens: Alle Expert*innenpapiere der heute schon bestehenden Taskforces müssen in die Landessprachen übersetzt werden. Das Wissen, auf das sich die Regierung beruft, muss für die ganze Bevölkerung zugänglich sein. Wir fordern, dass möglichst bald eine wie in den USA bereits im April 2020 erschienene Studie zu den Folgen

der Corona-Krise für Frauen und die Geschlechtergleichheit in der Schweiz in genügendem Umfang finanziert wird, damit nicht nur die statistischen Erhebungen, sondern auch entsprechende Feldforschung möglich ist.²

Eine landesweite Strategie für die Sorge- und Versorgungswirtschaft

Die Schweiz wurde in einem «Lockdown light» zum Stillstand gebracht, um das Gesundheitssystem vor einer Überlastung zu bewahren. Beim Lockdown ging es darum, die Wahrscheinlichkeit von Ansteckungen mit dem Coronavirus zu verringern. Möglichst viele Orte, wo sich Menschen treffen und somit anstecken konnten, wurden geschlossen. Nur für die Grundversorgung der Menschen unentbehrliche (systemrelevante) Dienstleistungen durften weiterhin angeboten werden. So wurden weiterhin Lebensmittel verkauft, Altersheime und Spitäler funktionierten weiter, und in der Kinderbetreuung ersetzten Notbetreuungsangebote das übliche Angebot. Für all diese Bereiche, die auch während des Lockdowns zu funktionieren hatten, wurden Regeln des Social Distancing formuliert.

An den Frauen darf nicht noch mehr gespart werden!

- 2 Titan M. Alon, Matthias Doepke, Jane Olmstead-Rumsey, Michèle Tertilt, The Impact of Covid-19 on Gender Equality, National Bureau of Economic Research NBER, Working Paper 26947, April 2020.
- 3 Siehe Mascha Madörin, Zählen, was zählt.

Für die Branchen der personenbezogenen und hausnahen Dienstleistungen, d.h. für die Sorge- und Versorgungswirtschaft, hatten diese regulatorischen Eingriffe weitreichende Folgen und die Umsetzung war und ist besonders herausfordernd. Es brauchte und braucht weiterhin grosse organisatorische Anpassungen in den entsprechenden Betrieben und Institutionen. Die medizinische Versorgung und die Pflege wurden für die Aufnahme von Corona-Erkrankten mit grossem Aufwand umgebaut, das gilt ebenso für die Nahrungsmittelversorgung (Detailhandel) und die ausserfamiliäre Betreuung von Kindern von Eltern in systemrelevanten Berufen (sogenannte Notbetreuungsangebote). Auch der Bereich der unbezahlten Familien-, Freundschafts- und Nachbarschaftsarbeit war und ist stark betroffen. Eltern, die nicht in systemrelevanten Berufen tätig sind, waren aufgefordert, im Homeoffice gleichzeitig Kinder zu betreuen und darüber hinaus Verantwortung für das Homeschooling zu übernehmen.

Diesen immensen Herausforderungen, die dieser Umbau bedeutet, stehen die knappen finanziellen, zeitlichen und personellen Mittel in ebendiesen

Branchen gegenüber. Bis heute gibt es keine landesweite Strategie und kein Hilfspaket (mit Ausnahme der Millionen für Kinderbetreuungsplätze) für den Bereich der Care-Arbeit während der Krise und darüber hinaus. Viele Bereiche der Sorge- und Versorgungswirtschaft sind in kantonaler Kompetenz. Das führt zu einem Flickenteppich an kantonalen Regelungen. Klar ist aber schon heute, dass grosse Zusatzausgaben auf die Kantone zukommen werden, um die Ausfälle im Gesundheitswesen, in der Kinderbetreuung, in der Altersbetreuung und in der Bildung aufzufangen. Zu befürchten (oder bereits angekündigt) sind zudem grosse Sparpakete, welche die Sorge- und Versorgungswirtschaft und damit die Frauen empfindlich treffen werden. Eines ist jedoch klar: An den Frauen darf nicht noch mehr gespart werden – im Gegenteil: Ihre Arbeit muss in Zukunft besser bezahlt werden.

Sorge- und Versorgungswirtschaft ins Bundeshaus

69 Prozent des gesamten Arbeitsvolumens wird in der Schweiz im Sorge- und Versorgungssektor geleistet.³ Im Gesundheitswesen, in Altersheimen, Kitas, Tagesschulen und Schulen, im Detailhandel, in

An den Frauen darf nicht noch mehr gespart werden!

4 Siehe BFS Statistik der sozialmedizinischen Institutionen 2018 (Stand 12.11.2019, Abfrage 09.06.2020).

5 Svenson Cornehlis, Patrick Vögeli, Dominik Balmer, Wie der Lockdown den Gender Gap verschärft, in: Der Bund, 16.05.2020.

Haushalten, in der Gastronomie und in den verschiedensten Vereinen. Care-Arbeit ist im Wesentlichen Grundversorgung. Ohne Pflege, Betreuung, Essen und Trinken ginge es vielen Menschen schlecht und andere könnten nicht überleben. Care-Arbeit, also die Sorge *für* und die Versorgung *von* Menschen, ist entscheidend, wenn es um den Lebensstandard und das Wohlergehen von uns allen geht. Im Care-Sektor arbeiten überwiegend Frauen. Sie leisten nämlich rund 63 Prozent der bezahlten und 61 Prozent der unbezahlten Care-Arbeit. Ihr Anteil im Gesundheits- und Sozialwesen beträgt in Vollzeitäquivalenz gemessen über 70 Prozent, in Pflege- und Altersheimen über 80 Prozent.⁴ Betrachten wir die Branchen, die im weitesten Sinne als systemrelevant gelten, fällt auf: Je mehr arbeitssparende Technologie im Spiel ist, desto höher sind die Löhne; je personennaher, gesprächs- und berührungsintensiver Tätigkeiten sind, desto tiefer sind die Löhne. Oder aber auch: Je höher der Frauenanteil in der Branche ist, desto tiefer sind die Löhne. Die von Corona ausgelöste Krise betrifft den Care-Sektor in besonderer Weise. Auf Care-Berufe – sorgende und versorgende Tätigkeiten – kann nicht

verzichtet werden. Die in diesen Bereichen tätigen Frauen sind zugleich in besonderem Mass dem Infektionsrisiko ausgesetzt.⁵ Wie ist es angesichts dieser Tatsachen möglich, dass care-arbeitende Frauen und ihre Organisationen im Krisenstab und anderen beratenden Gremien des Bundes nicht vertreten sind? Hier kommt die extrem ungleiche Verteilung von Macht und politischer Repräsentation zwischen den Geschlechtern zum Ausdruck. Frauen verfügen über eine enorme Erfahrung und Expertise in Bereichen, die für die Bewältigung dieser Krise zentral sind. Trotzdem haben sie weder als Expertinnen noch als Betroffene in der politischen und wirtschaftlichen Krisenbewältigung eine Stimme.

Der Bundesrat und andere Entscheidungstragende müssen sich dringend um das dafür notwendige Know-how bemühen. Dafür müssen Fachpersonen und Berufsverbände der Sorge- und Versorgungswirtschaft im Krisenstab des Bundes Einsitz nehmen, und eine eigene Taskforce «Sorge- und Versorgungswirtschaft» muss ins Leben gerufen werden. Ohne Care-Arbeitende und ihr Wissen werden wir keine tragfähigen und kohärenten Lösungen erarbeiten können.

Certain*es doivent plus ramer que d'autres

TEXTE: MARIE SAULNIER BLOCH

Ce que révèlent la crise sanitaire de la Covid-19 et ses conséquences politiques, économiques et sociales, ce sont nos représentations sociales avec leurs matrices idéologiques et disciplinaires. Ce dévoilement nous permet de mettre en exergue les manières avec lesquelles nous répondons, individuellement et collectivement, aux questions des sens de nos existences comme de nos subsistances. Alors que l'état d'urgence est familier aux régimes totalitaires, le concept et son instrumentalisation dans le cadre démocratique nous donnent l'occasion de mettre en lumière une analyse critique politique et sociale que nombre d'entre nous cherchons inlassablement à souligner.

Urgence des personnes morales

Les personnes en exil, sans statut stable, sans revenu propre suffisant ou en situation de handicap sont particulièrement sujettes aux états d'émotion et de focalisation sur le court terme face à la menace de dévastation. Au niveau individuel, les enjeux de la

conservation biologique et psychique de soi sont, en effet, le moteur des (ré)actions. L'urgence s'inscrit dans l'imminence. Or, l'urgence a une autre acception pour les personnes dites morales¹. Les entrepreneuses-rs savent ce que l'investissement à flux tendu signifie. Toutefois, leur objectif n'est alors pas la conservation de leur personne en tant que telle mais celle de leur objet, à moyen voire long terme. Tout un arsenal idéologique et juridique soutient leur calcul de risque de perte avec projection de gain en ligne de mire. Que la perte de l'objet draine avec elle le revenu de travailleuses-rs n'en est qu'une conséquence. Concrètement, la perte signifie l'échec de la transformation de l'investissement en valeur, par le

1 Les personnes *morales* sont des entités avec une personnalité juridique de droit privé ou de droit public. Leur morale, loin du questionnement éthique, est attachée à la recherche du bien (dans le sens de l'intérêt) de ses membres.

Marie Saulnier Bloch s'investit depuis plus de 20 ans dans les domaines juridiques, de formation, d'insertion professionnelle et en travail social, toujours aux côtés des plus vulnérabilisé-e-s par les stigmatisations directes, institutionnelles et/ou structurelles. Secrétaire migration à UNIA, elle s'intéresse particulièrement aux notions de capabilité et de responsabilité, sur les plans individuels comme collectifs.

biais de l'endettement ; le gain implique, au contraire, le bénéfice à réinvestir permettant de conserver voire de développer sa position, au mieux dominante, dans une logique concurrentielle. Ceci est aussi valable pour les autres personnes morales que sont les institutions publiques. Si la survie de l'Etat en tant que tel est rarement en cause, l'objet de l'urgence de l'Etat est classiquement celui de sa perspective de gain organique de conservation fonctionnelle, quitte à subir des pertes à l'échelle humaine. Ainsi, l'état d'urgence est un puissant instrument d'autorité permettant au pouvoir gouvernemental, quand il estime qu'une situation extraordinaire l'exige², d'ordonner des mesures nécessaires pour tout ou partie du pays, interprétant de manière extensive le pouvoir de maintien de l'ordre public (décidant notamment de la poursuite des procédures d'asile tout en entravant la liberté de circulation et de réunion).

Pertes partagées, bénéfiques privatisés et population amputée de ses membres

En ce temps de pandémie, quand les entreprises voient leur fonctionnement remis en cause, elles

s'adressent aux pouvoirs publics. Le gouvernement est entré en matière par un vaste train de mesures. Or, le Conseil des Etats a clairement décidé de ne pas exiger en retour l'interdiction de versements des dividendes au sein des entreprises qui font appel au chômage partiel. Hors de question donc de se prononcer sur les modalités de fonctionnement des entreprises. Quand la main gauche ignore le gain, la main droite soutient l'investissement. L'Etat serait-il réduit à une caisse d'assurance pour personnes morales ?

Quant aux individus, un regard sur les principes de l'aide sociale en Suisse est éclairant. La Conférence suisse des institutions d'action sociale (CSIAS) la définit comme ne devant intervenir qu'en cas d'épuisement de toutes les voies de recours, sur le fondement du principe de subsidiarité. Ainsi, l'aide sociale n'intervient que si la personne ne peut elle-même

2 La base légale première des mesures prises par le gouvernement est prévue dans la loi sur les épidémies : www.admin.ch/opc/fr/classified-compilation/20071012/index.html#a7.

subvenir à ses besoins et si toutes les autres sources d'aide disponibles, légales (bourses, pensions alimentaires, etc.) ou volontaires (dons caritatifs inclus) « ne peuvent être obtenues à temps et dans une mesure suffisante »³. Force est de constater qu'à l'heure de la rédaction de cet article⁴, les autorités n'ont pas, sauf exception notable en particulier à Genève, investi d'argent public pour soutenir à la hauteur de leurs besoins de nombreuses personnes passées jusque-là entre les mailles des filets des mesures du Conseil fédéral... alors même que l'état d'urgence est décrété pour raison de santé publique. Vingt-cinq organisations dont Unia ont pourtant appelé à la création d'un fonds de transition Covid-19 pour les nombreux travailleuses-rs domestiques, aidant-e-s dans les ménages privés, travailleuses-rs sans autorisation de séjour ou de travail, travailleuses-rs de l'économie des plateformes numériques, micro-indépendant-e-s dans les économies de la culture et du sexe, travailleuses-rs sans accès aux indemnités de l'assurance chômage ou de perte de gain. Bien que les mesures gouvernementales soient officiellement prises pour « protéger la population »⁵, des milliers de personnes

ne sont pas concernées. Ne font-elles pas partie de la population? L'Etat ne serait-il donc qu'une caisse d'assurance pour une partie seulement de sa population et de ses travailleuses-rs?

Regard intersectionnel sur les mécaniques d'aliénation

Quand l'urgence des personnes morales s'entrechoque avec les intérêts des individus, le rapport de force est inégal. Sur le podium des dangers inhérents de la logique systémique de l'urgence, le manque de nuances a une place de choix. Au niveau politique, cela se traduit classiquement par la concentration des pouvoirs et la restriction des priorités, avec pour

3 <https://normes.csias.ch/fr/a-conditions-et-principes-generaux/a4-principes-de-laide-sociale/>.

4 Soit le 15.06.2020.

5 OFS, www.bag.admin.ch/bag/fr/home/krankheiten/ausbrueche-epidemien-pandemien/aktuelle-ausbrueche-epidemien/novel-cov.html, consulté le 10.06.2020.

corollaire l'affaiblissement des libertés publiques et la focalisation sur l'investissement dans des ressources considérées comme essentielles. Par voie de conséquence, ce qui est perçu comme marginal est invisibilisé et n'a aucune capacité de défense concrète de ses intérêts ni réponse à ses besoins.

La grille de lecture marxiste de l'aliénation, exposée il y a plus de cent cinquante ans déjà, nous a appris à identifier la légitimation et la dissimulation des rapports de domination qui conduisent à l'appropriation des productions, que celles-ci soient matérielles comme celles des employé-e-s dont le revenu est tiré de leurs salaires ou des productrice-eur-s non reconnu-e-s comme les femmes dites au foyer, ou immatérielles telles celles des artistes. L'optique intersectionnelle nourrit cette critique en mettant le doigt sur les subordinations multiples que subissent les personnes en fonction de leur rang socioéconomique. Ce à quoi nous assistons, c'est à une mécanique de consolidation de reproduction de contraintes structurelles protéiformes. Imbriquées, elles réduisent les individu-e-s à chercher à survivre dans la logique de l'urgence. Ces entraves sont patentes dans le monde professionnel

(contrats de travail précaires, sous-enchère salariale, etc.). Elles sont aussi juridiques (restrictions croissantes à l'octroi et au renouvellement d'autorisations de séjour et de travail, obstructions à la naturalisation, lacunes des contenus et de l'effectivité des normes antiracistes, antisexistes, etc.). Elles sont de même répressives (violences physiques domestiques et policières, violences verbales et de discours public, entraves à l'accessibilité, etc.). Et ce, préalablement à et indépendamment de tout *état d'urgence*.

A titre d'illustration, le cas du confinement est révélateur. Le repli comme moyen de conservation de soi implique l'existence d'un lieu où l'autonomie est sauve. Cependant, quand l'autonomie fait défaut, quand le foyer est un environnement dangereux ou quand il n'existe pas, le bât, si ce n'est le bas, blesse. Les paradoxes du chez soi se révèlent alors pour toute personne en situation problématique multiple : sans permis de séjour ou de travail, avec un permis précaire, *working poors*, sans domicile fixe, victimes de violence domestique, de traite des êtres humains, personnes LGBTIQ*, détenues ou hébergées en foyer collectif, en situation de handicap, à l'aide d'urgence,

personnes racisées, discriminées en fonction de leur origine, de leur appartenance, etc. On parle alors de « distance sociale » et de « gestes barrières », en droite ligne de la rhétorique de rejet discriminatoire xénophobe, racisant, classiste, antisémite, sexiste et validiste. L'ennemi vient de l'extérieur à soi. Sa capacité de nuisance est intrinsèque ; il est à mettre à distance et à contenir, dans la sphère privée comme économique. Pourtant, le chez soi n'est paradoxalement pas un espace unitaire. Il signifie non seulement le lieu officiel de résidence mais aussi le poste de travail pour ceux qui dépendent de leurs revenus dans les segments économiques priorisés, malgré les risques sanitaires encourus et les conditions de travail aggravées. Les travailleuses-rs sans nationalité suisse, soumises à l'impératif de la participation à la vie économique comme critère légal d'intégration, sont particulièrement sous pression. Le *chez soi* revêt ainsi deux modalités, d'enfermement, de mise à l'écart comme de réclusion avec comme corollaire l'obligation disciplinaire de produire. Or, quand cette participation est rendue impossible, parce que les rapports de travail n'ont pas ou n'ont plus lieu, l'incapacité

qui en résulte coïncide avec le risque de perte de statut légal.

Sortir de l'urgence

Comprendre ce qui se trame dans la logique de l'urgence nous aide à identifier la présence et les dynamiques de renforcement des appareils de domination par les politiques publiques actuelles. Posons-nous la question de savoir quel projet politique nous (re) produisons et voulons (re)produire par notre travail, nos interactions sociales et économiques, dans une perspective de temps long. Quelle figure a la collectivité des individus dans le projet politique ? Comment développer les *capabilités* des personnes afin qu'elles deviennent enfin et sans exception, de réels sujets ? Réformer les mécanismes sociaux, économiques et politiques et s'interroger sur la place de la justice sociale : là pourrait être, par exemple, un véritable objet d'urgence.

Rede des Schwarzfeministischen Kollektivs

13. Juni 2020. Black Lives Matter Demonstrationen in Bern und Zürich: An den verschiedenen Demonstrationen und Mahnwachen der letzten zwei Wochen und auch heute werden immer wieder Namen genannt von Personen, die durch institutionelle rassistische Gewalt in der Schweiz gestorben sind. So zum Beispiel: Mike Ben Peter, Lamine Fatty, Hervé Mandundu Bex, Subramaniam H.

Viele mehr sind durch institutionelle rassistische Gewalt – auch in der Schweiz – frühzeitig gestorben. Viele ihrer Namen kennen wir nicht. Gerade auch diejenigen von Illegalisierten, Armutsbetroffenen, Frauen, Queeren, Transmenschen und nicht geschlechtskonformistischen Personen und Sexarbeitenden. Je grösser die Marginalisierung, desto grösser die Unsichtbarkeit.

Immer wieder gibt es Todesfälle in Polizeigewahrsam. Aber sie sind nur die Spitze des Eisbergs. Wie die Schwarze Anthropologin Serena Dankwa vor Kurzem sagte, sind es nicht einzelne böse Polizist*innen, die dazu führen, sondern Bilder von

Ungleichheit, die inmitten der Gesellschaft als Normalität zirkulieren. Rassistische Polizeikontrollen führen uns vor Augen, was viele hier nicht sehen wollen: Die Polizei als Schutz empfinden zu können, ist innerhalb unserer rassistischen Strukturen ein weisses Privileg.

In Basel sagte eine Schwarze Aktivistin: «Rassismus ist kein amerikanisches Problem, weit weg von uns. Rassismus ist nicht nur Mord durch die Polizei auf offener Strasse. Rassismus ist auch die unzähligen Mikroaggressionen, die wir Betroffenen Tag für Tag erleben. Hände in unseren Haaren, hasserfüllte Blicke. Beleidigungen. Albtraummässige Wohnungs- und Arbeitssuchen. Das ständige Sich-erklären- und Sich-legitimieren-Müssen, dass wir tatsächlich auch von hier und auch echte Schweizer*innen sind.»

Viele Schwarze und andere Menschen of Colour, die hier leben, sind Schweizer*innen. Einige leben hier in der zweiten, dritten oder vierten Generation ohne roten Pass. Einige sind geflüchtet. Einige sind illegalisiert. Aber nicht aller Rassismus, der die Schweiz

betrifft, findet auf Schweizer Territorium statt. Sondern auch an ihren Grenzen, auf Fluchtwegen, im Mittelmeer. In Camps an den europäischen Grenzen, wie die Revoltierenden in Moria uns das während der Corona-Krise zeigten.

Marginalisierung, Diskriminierung und Entmenschlichung sind Teil des Alltags von Schwarzen und anderen Menschen of Colour weltweit, aber auch hier in der Schweiz. Was uns unterscheidet, ist nicht der Rassismus, sondern der Alltag, den wir führen, aufgrund unserer unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen. Aufgrund von Geschlecht, Sexualität, Behinderung, Alter und sehr fest auch Aufenthaltsstatus und Klasse.

Wir können nicht atmen, metaphorisch, aber auch physisch. Das zeigt uns das Ersticken von Eric Garner und George Floyd in den USA. Oder der Tod von Keyla Williams während der Corona-Pandemie in Grossbritannien. Oder die Ertrinkenden im Mittelmeer. Oder aber auch der Tod von Mike Ben Peter in Lausanne und der Überlebende Wilson A., der in Zürich in

Lebensnot um Atem rang, als er von der Polizei gewaltsam in Gewahrsam genommen wurde.

Die Schweiz war am Kolonialismus, der Ausbeutung von Arbeitskräften, der Versklavung von Menschen, und an den daraus entstandenen Profiten ebenso beteiligt wie an der Produktion von rassistischem Wissen. Wissen, das Weisse ins Zentrum der Menschheit setzte, Schwarze an dessen Ränder und andere nicht-weisse Menschen irgendwo dazwischen.

Wieso sollten diese Vorstellungen verschwunden sein, wenn Rassismus hier nicht anerkannt wird? Nur wenn eine Auseinandersetzung stattfindet, kann sich etwas verändern.

«Wir revoltieren schlicht, weil wir – aus unterschiedlichen Gründen – nicht mehr atmen können.» So sagte es der Antikolonialist Frantz Fanon in den 1950er-Jahren über die globalen antikolonialen und Schwarzen Revolten. 70 beziehungsweise 500 Jahre später können wir immer noch nicht atmen.

Heute und jetzt trauern wir um Menschen, die frühzeitig gestorben sind. Gleichzeitig sind wir erschöpft, traumatisiert, und müde. Weil wir immer wieder dasselbe erzählen. Weil unsere Leben erst dann zählen, wenn wir sterben. Weil immer wieder erneut unsere persönlichen Traumata und Wunden medial aufbereitet werden für einen Rassismus-Skandal, der am nächsten Tag wieder vergessen ist. Wir sind müde und erschöpft, denn wir leben in einer Gesellschaft, die immer wieder die Augen vor Rassismus verschliesst. Verschliesst, indem sie unsere Erfahrungen individualisiert, bagatellisiert oder uns als hypersensibel und übertreibend abtut. Wir leben in einer Gesellschaft, die kaum gegen Rassismus ankämpft, weil sie diese strukturelle Ungleichheit als Meinungsfrage abtut. Unser Leben ist keine Meinungsfrage. Es reicht. Enough is enough!

Liebe Schwarze Menschen und Menschen of Colour, wir müssen uns dieser Vereinzelnung verweigern. Wir haben es in den letzten Wochen gesehen, wir sehen es auch heute. Wir sind so überwältigend viele. Organisieren wir uns. Lasst uns immer wieder zusammen-

treten, wenn jemand unter uns an den Rand gedrängt wird, mit einem lauten, mehrstimmigen Echo.

Liebe weiße Allies, eine antirassistische Bekundung ist ein wichtiger Schritt. Aber noch wichtiger ist, dass diese Bekundungen – auch euren Alltag verändern. Lebenswichtig für uns ist, zu welchen dezidiert antirassistischen Handlungen ihr ansetzt und welche ihr unterlasst. Interveniert. Interveniert, immer! Interveniert mit uns. Interveniert auch, wenn wir nicht da sind. Tut es nicht für uns, sondern weil auch ihr genug davon habt.

Wir haben es satt, in einer Gesellschaft zu leben, in der die Entmenschlichung von einigen die Normalität von anderen ist. Rassismus entmenschlicht. Rassismus betrifft uns alle.

Schwarze Leben sind wertvoll. Schwarze Leben zählen. Black Lives Matter.

Care als Voraussetzung ernst nehmen

TEXT: ALEXANDRA SCHEELE

Die Corona-Krise hat viele Dimensionen. Seit im Dezember 2019 in China der erste Mensch positiv auf das Sars-Covid-19-Virus getestet wurde, hat sich dieses mit hoher Geschwindigkeit über den gesamten Globus verbreitet und zu massenhaften Erkrankungen und Todesfällen, aber auch zu wirtschaftlichen Krisen, Existenzängsten und sozialen Verunsicherungen geführt.

Mit Fokus auf nur einen, wenn auch sehr wichtigen Teil der gesellschaftlichen Folgen, sollen andere Krisenphänomene nicht ignoriert werden. Vielmehr soll gezeigt werden, welche grundsätzlichen Widersprüche der gegenwärtigen kapitalistisch organisierten Gesellschaften durch die Corona-Krise wieder einmal deutlicher zutage getreten sind, wie diese Widersprüche zu Geschlechterungleichheiten führen und wie diese ohnehin bestehenden Ungleichheiten noch weiter verstärkt werden.

Bereits in den ersten Wochen nach Ausbruch des Sars-Covid-19-Virus wurde von verschiedenen Seiten der Blick auf die Folgen für Frauen und die Geschlechter-

verhältnisse gelenkt.¹ Im Tagesspiegel bezeichnete Caroline Wiedemann die Krise als «Bühne des Patriarchats». Die Corona-Krise offenbare einmal mehr die «Männerherrschaft im Alltag, im Denken der Menschen und in ihrem Handeln» und bringe die patriarchale Grundstruktur der Gesellschaft ans Licht.²

Besonders erschütternd und – wie die nun vorliegende erste Studie aus Deutschland zeigt – durchaus berechtigt, wurden Befürchtungen geäußert, dass im Zuge der Ausgangssperre die männliche Gewalt gegen Frauen und Kinder zunehmen würde. Die letzte

- 1 Z.B. Frey, Regina: Corona und Gender – ein geschlechtsbezogener Blick auf die Pandemie und ihre (möglichen) Folgen. Download: www.gender.de/cms-gender/wp-content/uploads/gender_corona.pdf (Arbeitspapier, 2020).
- 2 Wiedemann, Caroline: Die Krise ist die Bühne des Patriarchats. Tagesspiegel, 29.04.2020: www.tagesspiegel.de/kultur/kinder-kueche-corona-die-krise-ist-die-buehne-des-patriarchats/25783768.html.

Verschärfte Ungleichheiten in der Krise

Autorinnentext: Alexandra Scheele, Akademische Oberrätin im Bereich Arbeits- und Wirtschaftssoziologie an der Universität Bielefeld, hat sich unter anderem in ihrer Habilitation mit geschlechterpolitischen Paradoxien in Krisendiskursen sowie mit den sozialen und ökonomischen Auswirkungen von Krisen auf die Gleichstellung der Geschlechter auseinandergesetzt. Gegenwärtig leitet sie gemeinsam mit zwei Kolleginnen die interdisziplinäre Forscher*innengruppe «Global Contestations of Women's and Gender Rights» am ZfF der Universität Bielefeld. Sie interessiert sich zudem für den Einfluss der Digitalisierung und des technologischen Wandels auf die Bewertung von Arbeit und geht der Frage nach, ob dieser Prozess die Ungleichheiten der Geschlechter verschärft oder verringert. Ferner ist sie Mitherausgeberin der feministischen wissenschaftlichen Zeitschrift *Femina Politica*.

kriminaltechnische Auswertung zu Gewalt in Partnerschaften im Jahr 2016 zeigt, dass bereits vor der Corona-Krise überwiegend Frauen (82%) von Partnerschaftsgewalt betroffen waren; davon lebte fast die Hälfte zum Tatzeitpunkt mit dem Täter in einem Haushalt. Da es sich dabei nur um die angezeigten Gewaltvorfälle handelt, muss von einer noch viel höheren Betroffenheit ausgegangen werden. Eine erste repräsentative Umfrage zum Thema häuslicher Gewalt während der Corona-Pandemie, die von der Technischen Universität München und dem RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung durchgeführt wurde³, kommt zu dem Ergebnis, dass rund 3% der Frauen in Deutschland während des Lockdowns Opfer körperlicher Gewalt und 3,6% von ihrem Partner vergewaltigt wurden. In 6,5% aller Haushalte wurden Kinder gewalttätig bestraft. Die Studie zeigt ausserdem, dass die Betroffenheit noch grösser war, wenn die Frauen in Quarantäne waren oder die Familien finanzielle Sorgen hatten. Der Appell #stayathome bedeutet damit für viele Frauen und Kinder, dass sie

über den Verbleib in den eigenen vier Wänden zwar dazu beitragen, die Gefahr einer Weiterverbreitung des Virus einzudämmen, sich damit aber zugleich der Gefahr häuslicher Gewalt aussetzen – während gleichzeitig Unterstützungseinrichtungen geschlossen wurden oder nur noch ein eingeschränktes Angebot leisteten.

Die Aufforderung, zuhause zu bleiben, erwies sich aber noch an anderer Stelle als zweischneidiges Schwert. Durch die flächendeckende Schliessung von Kindertagesstätten, Kindergärten, Schulen, Ferien- und Freizeiteinrichtungen mussten mit wenigen Ausnahmen alle Kinder zuhause betreut und versorgt werden. Für schulpflichtige Kinder kam ausserdem der Anspruch hinzu, Lehrstoff in Form von Homeschooling zu vermitteln. Auch die Pflege von und Sorge für ältere oder kranke Angehörige war (und ist) mit neuen Herausforderungen verbunden. Häusliche Pflege und Unterstützung im Haushalt durch haushaltsfremde Personen waren nicht nur nicht mehr erlaubt, sondern wurden von vielen Betroffenen und

- 3 Steinert, Janina; Ebert, Cara: Gewalt an Frauen und Kindern in Deutschland während COVID-19-bedingten Ausgangsbeschränkungen. Studie der Professur Global Health an der Technischen Universität München, 2020.
- 4 BMFSFJ: Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Berlin, 2017.
- 5 Allmendinger, Jutta: Die Frauen verlieren ihre Würde. Zeit online, 12.05.2020: www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-05/familie-corona-krise-frauen-rollenverteilung-rueckentwicklung. Es handelt sich um die Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), des Sozio-ökonomischen Panels und der Mannheimer Corona-Studie.

ihren Familien auch als Risiko gesehen, da damit die Gefahr einer Ansteckung verbunden war. Auch das selbstständige Einkaufen war und ist für ältere oder kranke Menschen weiterhin mit einem Ansteckungsrisiko verbunden, und es wurde vielfach davon abgeraten, in Geschäfte oder auf Wochenmärkte zu gehen. Diese Liste liesse sich noch lange fortsetzen – im Ergebnis liefen alle Einschränkungen darauf hinaus, dass jene Bereiche der Sorgearbeit, die in den letzten Jahrzehnten zumindest teilweise von öffentlich geförderten, privat-gemeinnützigen oder auch privat-gewerblichen Trägern übernommen wurden, re-familiarisiert, also wieder in die privaten Haushalte und damit in die Verantwortung der Familien überbracht wurden. Und hier waren und sind es vor allem Frauen, die diese Verantwortung übernehmen.

Der sogenannte Gender Care Gap betrug in Deutschland schon vor dem Lockdown 52,4%, was bedeutet, dass Frauen täglich 87 Minuten mehr Zeit für Sorgearbeit aufwenden als Männer. Die Übernahme von Sorgearbeit durch Frauen beginnt in vielen Familien spätestens mit der Geburt des ersten Kindes.

Frauen unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit weit häufiger und in der Regel auch deutlich länger als Männer. In der Folge setzen sich mehrheitlich Arbeitszeitmodelle durch, bei denen die Väter Vollzeit und die Mütter gar nicht oder nur mit einem reduzierten Stundenumfang erwerbstätig sind. Unter dem Strich führt das dazu, dass die Arbeitszeiten von berufstätigen Vätern 42 Stunden in der Woche betragen, Mütter jedoch nur noch durchschnittlich 25 Stunden in der Woche ihrem Beruf nachgehen.⁴

Diese Ungleichverteilung von bezahlter Erwerbs- und unbezahlter Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern hat sich in der Corona-Krise noch einmal zugespitzt. Die Soziologin und Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin Jutta Allmendinger sieht durch Corona die bisherigen Fortschritte bei der Gleichberechtigung um drei Jahrzehnte zurückgeworfen und verweist auf empirische Ergebnisse, die in drei unterschiedlichen Studien erhoben wurden⁵: Die Daten zeigen, dass es gerade die Mütter sind, die in Zeiten des Lockdowns ihre ohnehin geringere Arbeitszeit reduzieren, um sich um die Betreuung der

- 6 Ettl, Anja: Die Pandemie beendet das Märchen von der gleichberechtigten Frau. Welt, 21.05.2020: www.welt.de/wirtschaft/karriere/article208027359/Folgen-des-Coronavirus-Rueckschlag-im-Kampf-um-Gleichberechtigung.html.
- 7 Wrohlich, Katharine; Zucco, Aline: Gender Pay Gap innerhalb von Berufen variiert erheblich. DIW Wochenbericht 43, 2017, S. 955-961.

Kinder, die Pflege von Angehörigen, das Mittagessen oder die Hausarbeit zu kümmern. Verbunden ist dies jedoch mit einer deutlich gestiegenen Unzufriedenheit – mit der Arbeit und mit dem Leben insgesamt –, welche die Frauen im Vergleich zu Männern äussern. Auch die konservative «Welt» sieht durch die Pandemie das «Märchen von der gleichberechtigten Frau» beendet.⁶ So zeigten Erfahrungsberichte in Blogs, aber auch erste wissenschaftliche Untersuchungen, dass es in den meisten Familien vorrangig die Mütter sind, die den wochenlangen «Dreiklang aus Homeoffice, Haushalt und Homeschooling oder Kinderbetreuung» stemmen – und zwar selbst dann, wenn sie selbst Vollzeit berufstätig sind.

Ausserdem sind Frauen nicht nur häufiger in den von Kurzarbeit stärker betroffenen Branchen tätig, sondern auch in jenen Berufen, die im Zuge der Covid-19-Pandemie als «systemrelevant» klassifiziert wurden und dadurch eben nicht vom allgemeinen Lockdown betroffen waren. Zu dieser Gruppe zählten Ärztinnen und Ärzte, medizinisches und pflegerisches Personal, Erzieher*innen, Reinigungskräfte, Verkäufer*innen, Polizist*innen, Menschen, welche

die technische und dienstleistende Infrastruktur wie z.B. die Energieversorgung, die Müllentsorgung oder den Verkehr sicherstellen, sowie einige weitere Berufe im Bereich der Herstellung und Sicherstellung lebensnotwendiger Güter und Dienstleistungen.

Für die dort arbeitenden Personen – mehrheitlich Frauen – war die Klassifizierung als «systemrelevant» zweischneidig. Einerseits waren sie eben seltener von Kurzarbeit oder – wie viele Selbstständige – von komplettem Einkommensverlust betroffen, andererseits arbeiteten sie zu einem Grossteil exponiert und in direktem Kontakt mit Kund*innen, Patient*innen, Fahrgästen oder Kolleg*innen und waren dadurch dem Infektionsrisiko durchweg stärker ausgesetzt als andere. Es handelt sich zudem überwiegend um Berufsgruppen, in denen das Einkommensniveau niedrig ist.⁷

Für die in diesen Berufen arbeitenden Mütter (und Väter) kam hinzu, dass sie keine Möglichkeit zum Homeoffice hatten (und haben) und im Falle schulpflichtiger Kinder vor der Herausforderung standen, das Homeschooling sowie die Versorgung und Betreuung ihrer Kinder zu organisieren. Zwar gab es von Beginn an die Möglichkeit, eine sogenannte Notbetreuung in

- 8 Hark, Sabine: Netzwerke des Lebens. Frankfurter Rundschau, 03.04.2020: www.fr.de/wissen/netzwerke-lebens-13640296.html.
- 9 Allmendinger, Jutta (2020)

Anspruch zu nehmen. Diese wurde jedoch von vielen nicht genutzt, da sie mit reduzierten Betreuungszeiten, einer Betreuung durch teils unbekannte Erzieher*innen und dem damit verbundenen Risiko einer Ansteckung mit dem Coronavirus keine tragfähige Lösung für das Vereinbarkeitsproblem darstellte.

Welche Lehren lassen sich aus diesen Zuspitzungen in der Krise ziehen? Hinsichtlich der patriarchalen Gewaltverhältnisse fällt es schwer, Lösungen zu formulieren. Eine Veränderung hinsichtlich der Männlichkeitsbilder, gewaltfreie Erziehung und Bekämpfung jeglicher Formen von Misogynie und Sexismus werden schon lange gefordert, aber nur zögerlich umgesetzt. Für die Wirtschafts- und Arbeitswelt liegen auch seit Jahrzehnten Vorschläge für Alternativen auf dem Tisch: Notwendig ist eine umfassende gesellschaftliche Transformation, die den Vorrang kapitalistischen Wirtschaftens infrage stellt und «Care» sowie, allgemeiner mit Sabine Hark (2020) gesprochen, «die Netzwerke des Lebens» zum Ausgangspunkt für politisches und wirtschaftliches Handeln macht.⁸ Dazu gehört unter anderem die Abkehr von der derzeitigen Vollzeitnorm als Orientierungsgröße für die sozialen

Sicherungssysteme und Leistungsansprüche sowie für die Möglichkeit, den Beruf zu ergreifen, für den man sich in der Ausbildung oder im Studium einmal entschieden hat. Das gegenwärtige Modell, bei dem nur Frauen kollektiv individuell ihre Arbeitszeit verkürzen, sobald Kinder geboren werden, ist mit erheblichen Nachteilen hinsichtlich des Einkommens, der Ausübung des Wunschberufes, der beruflichen (Karriere-)Entwicklung und der finanziellen Absicherung in Zeiten von Elterngeldbezug, Arbeitslosigkeit und Rente verbunden. Jutta Allmendinger schlägt deshalb – wie so viele Geschlechterforscher*innen, Gleichstellungspolitiker*innen und feministische Theoretiker*innen mit ihr – vor, dass sich Männerbiografien jenen von Frauen annähern müssen.⁹ Dazu gehört eine neue Vollzeitnorm mit einer Wochenarbeitszeit von maximal 32 Stunden für alle. Das wäre zwar keine Revolution, aber immerhin ein erster Schritt, um die derzeitige Ungleichverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit abzubauen und «Care» als gesellschaftliche Voraussetzung ernst zu nehmen und um die gegenwärtige Corona-Krise nicht noch weiter zu einer Sorge-Krise werden zu lassen.

Geschlechtsspezifische Auswirkungen

TEXT: KATHARINA STÖCKLI

Die Erfahrungen von jahrzehntelangem Krieg, unklarer Sicherheitslage, sozialen Verwerfungen sowie politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen haben tiefgreifende Auswirkungen auf die afghanische Gesellschaft und die dortigen Geschlechterverhältnisse. Seit dem Ende der Talibanherrschaft im Spätherbst 2001, die eine patriarchale Geschlechterpolitik zur Herrschaftskonzeption erhoben hatten, wurden rechtliche, gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Fortschritte erzielt. Trotz dieser positiven Entwicklungen fungiert Geschlecht weiterhin als primärer Marker von Differenzsetzung. Insbesondere in den ländlichen Gebieten, wo 76 Prozent der Bevölkerung leben, regulieren konservative Rollenbilder und diskriminierende Geschlechternormen die Handlungsfähigkeiten und Bewegungsfreiheiten von Frauen. Im Jahr 2018 nahm Afghanistan im *Gender Development Index* des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) Platz 170 von 198 ein.¹ Eine internationale Studie von *TrustLaw* bezeichnete Afghanistan im Jahr 2018 als «the second most dangerous country for women».²

In drei von sechs Schwerpunktbereichen rangiert Afghanistan sogar als das gefährlichste Land der Welt:

1. Häusliche Gewalt
2. Zugang zu Gesundheitsversorgung
3. Diskriminierung bei der Erwerbsarbeit.

Genau in diesen Bereichen ist durch die Covid-19-Krise mit weiteren negativen Folgen für Afghaninnen zu rechnen. Ein eher düsteres Zukunftsbild entwerfen denn auch die *Gender Alerts on COVID 19*, die von UNWomen publiziert werden: «The COVID-19 pandemic is likely to roll back the gains made on women's rights, to exacerbate gender inequalities and increase violence against women and girls and further limit women's access to critical services and resources to respond to the crisis.»³

Familiäre Situation

Die ersten Fälle des Coronavirus traten im Februar in den Provinzen Herat und Nimroz an der Grenze

Katharina Stöckli studierte Geschichte und Islamwissenschaften an der Universität Basel. Nachdem sie im In- und Ausland für verschiedene Nichtregierungsorganisationen gearbeitet hat, kehrte sie an die Universität Basel zurück. Sie promovierte zum Thema Geschlechterdiskurs in der US-amerikanischen Aussenpolitik am Beispiel von Afghanistan.

zum Iran auf. Das Virus erreichte Afghanistan mitten in einer erneuten politischen Krise, denn sowohl Präsident Ashraf Ghani als auch Abdul Abdullah beanspruchten den Sieg bei der Präsidentschaftswahl 2019 für sich. Dieser Machtkampf führte dazu, dass die Regierung nur langsam reagierte. Ende März wurde eine allgemeine Ausgangssperre verhängt. Infolge des Shutdowns der Wirtschaft, vornehmlich der Schliessung der Basare und Geschäfte, verloren Millionen von Tagelöhner*innen ihre ohnehin prekäre Arbeit. Dieser Wegfall im meist informellen Sektor trifft Frauen überproportional. Insbesondere in Familien, die sich in einer angespannten wirtschaftlichen Situation befinden, leisten Frauen einen wesentlichen Beitrag zum Familienbudget. Bisher spielte ebendieser wirtschaftliche Anreiz eine entscheidende Rolle, damit sich männliche Familienangehörige mit einer Einkommen generierenden Tätigkeit von Frauen einverstanden erklären.⁴

Sowohl die Ausgangssperre wie auch die sich verschärfende wirtschaftliche Situation beeinflussen die Stellung der Frauen innerhalb des Familienhaushaltes negativ: Die Mehrbelastung hat sich intensiviert. Zum

Haushalt und zur Kinderbetreuung kommt die Pflege von kranken Familienmitgliedern hinzu. Diese setzt Frauen einem zusätzlichen Ansteckungsrisiko aus, da Hygieneartikel fehlen. Darüber hinaus ist auch die Ernährungsdiskriminierung ein Thema. Bereits vor der Krise disziplinierten männliche Familienangehörige Frauen durch Nahrungsentzug. Da sich die Ernährungssituation für viele Familien verschlechtert, ist anzunehmen, dass sich die Mangelsituation für Frauen verschärft hat.⁵

- 1 UNDP Human Development Reports: Gender Development Index.
- 2 TrustLaw Thomas Reuters Foundation: Afghanistan. The world's most dangerous countries for women 2018.
- 3 UNWomen Gender Alert on COVID-19. Afghanistan. Issue I: Ensuring a Gender Sensitive Humanitarian Response. April 2020. S. 2.
- 4 Bereits vor der COVID-19 Krise lebten gemäss der Asian Development Bank ca. 54% der Afghan*innen unterhalb der nationalen Armutsgrenze.
- 5 OXFAM Briefing Note: A New Scourge to Afghan Women: COVID-19. April 2020. S. 6.

- 6 UNWomen Gender Alert on COVID-19. Afghanistan. Issue IX: Women's access to health care during COVID-19 times. Juni 2020.
- 7 Glinski, Stefanie: Afghanistan's missing coronavirus patients: Women. In: The New Humanitarian. Juni 2020.
- 8 OCHA: Humanitarian Needs Overview Afghanistan. 2019. S. 24.
- 9 Asia Foundation: A Survey of the Afghan People. Afghanistan in 2019. 2019. S. 184.

Gesundheitsversorgung

Auch bei der Gesundheitsversorgung nimmt Afghanistan einen traurigen Spitzenplatz ein: Das Land hat eine der höchsten Säuglingssterblichkeitsraten der Welt, und Tausende afghanischer Frauen sterben jedes Jahr an schwangerschaftsbedingten Ursachen.⁶ Erschwerend kommt hinzu, dass das Gesundheitssystem grundsätzlich chronisch überlastet, unterfinanziert und schlecht ausgestattet ist. Fehlende Tests und mangelnde Beatmungsgeräte prägen die gegenwärtige Situation. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums machen Frauen nur 27 Prozent der Corona-Patient*innen aus.⁷ Dieser Gender Gap widerspiegelt weniger das tatsächliche Ansteckungsverhältnis im Land, sondern vielmehr die vorherrschenden diskriminierenden Praktiken: Frauen sind oftmals abhängig von der Begleitung eines männlichen Familienangehörigen, einem sogenannten Mahram. Die männliche Überwachung führt dazu, dass die Privatsphäre der Patientinnen nicht gewährleistet werden kann, weshalb die Untersuchungen oftmals nur oberflächlich

erfolgen. Ferner ist es vielen Afghaninnen aufgrund gesellschaftlicher Normen nicht möglich, medizinische Hilfe von einem männlichen Arzt zu erhalten. Gleichzeitig begrenzen ebendiese Normen die ausserhäuslichen Arbeitsmöglichkeiten von Frauen, insbesondere in Bereichen, in denen Männer und Frauen in einem gemeinsamen Arbeitsumfeld tätig sind. Und diese Geschlechtersegregation hat wiederum zur Konsequenz, dass heute nur 15 Prozent des Pflegepersonals und zwei Prozent der Ärzt*innen weiblich sind.⁸ Im Kontext des Virus kommt hinzu, dass viele Afghaninnen einen eingeschränkten Zugang zu Informationen haben, wodurch ihr Wissen über Risiken, Symptome sowie präventive Massnahmen marginal bleibt.⁹ Diese Faktoren erklären den niedrigen Frauenanteil bei den Covid-19-Patient*innen.

Gewalt gegen Frauen

Gewalt gegen Frauen ist in Afghanistan endemisch, laut United Nations Population Fund (UNFPA) erleben 87 Prozent der Frauen in Afghanistan in ihrem Leben

- 10 UNFPA: Gender Based Violence.
- 11 OXFAM Briefing Note: S. 5.
- 12 Kreile, Renate: Fragil und umkämpft – Frauenrechte im neuen Afghanistan. In: Bundeszentrale für politische Bildung. 2010.
- 13 UNWomen Gender Alert on COVID-19. Afghanistan. Issue V: Maintaining services for survivors of violence against women and girls during COVID-19. Mai 2020.

Formen von Missbrauch und Gewalt.¹⁰ Die Tabuisierung von Gewalt gegen Frauen lässt aber die Vermutung zu, dass die Dunkelziffer sogar noch höher ist.

Bei einer Untersuchung von OXFAM im April 2020 gaben bereits 97 Prozent der weiblichen Befragten an, dass Gewalt gegen Frauen zugenommen habe.¹¹ Begründet wird dieser Anstieg einerseits mit der ökonomischen Situation, denn viele Männer sehen sich aufgrund der oben dargelegten angespannten wirtschaftlichen Situation nicht mehr in der Lage, für den Familienunterhalt aufzukommen. Renate Kreile hat auf diesen konstitutiven Zusammenhang hingewiesen: «Ihren [der Männer] Kontrollverlust versuchen sie mittels einer verschärften Machtausübung und Kontrolle über die Frauen zu kompensieren.»¹² Andererseits kommt erschwerend hinzu, dass durch die Ausgangssperre die Bewegungsmöglichkeiten stark eingeschränkt sind und sich viele Frauen mit ihren gewaltbereiten Männern und Familienmitgliedern eingesperrt finden. Frauen haben selten einen sicheren Raum für sich allein, der ihnen die notwendige

Privatsphäre ermöglicht. Durch die ständige Kontrolle wird auch der Zugang zu Mobiltelekommunikation und Internet erschwert, weshalb die Kontaktaufnahme zu Hilfsangeboten eingeschränkt ist. Hinzu kommt, dass die Angebote, die sich ohnehin vorwiegend auf grössere Städte konzentrieren, aufgrund der Ausgangssperre oftmals nur eingeschränkt funktionieren.¹³

Die Covid-19-Krise offenbart eindrücklich einen geschlechterspezifischen Charakter. Massnahmen, die gegen die Ausbreitung des Virus intendiert waren, zementieren regulierende patriarchale Strukturen. Statt Sicherheit und Gesundheit erleben viele Afghan*innen physische und psychische Prekarität.

Damit die Erfahrungen, Interessen und Bedürfnisse von Frauen nachhaltig Eingang in die Krisenbewältigung finden, müssen die afghanischen Frauen gleichberechtigt daran partizipieren können – ein wichtiger Schritt im geschlechterinklusiven Friedensprozess.



Emilie Lieberherr

TEXT: MARTINA BUNDI

Der gesundheitliche Notstand, von dem dieses Porträt berichtet, betraf damals (vermeintlich) nicht die gesamte Bevölkerung, sondern nur einen Teil, der nicht als schützenswert galt. Der Notstand, dem Emilie Lieberherr in

den 1980er-Jahren entgegenblickte, war die offene Drogenszene hinter dem Zürcher Hauptbahnhof. Ein Problem, dessen Bearbeitung die erste Stadträtin der Stadt Zürich und Vorsteherin des Sozialamtes, zum Umdenken zwang. Anfänglich gegen die Abgabe von Spritzen, haben unzählige Besuche auf dem Platzspitz und Gespräche mit Süchtigen und Ärzt*innen sie davon überzeugt, eine schadensmindernde Drogenpolitik zu verfolgen. Es fiel ihr schwer, Drogensucht zu verstehen. Da sie jedoch hart an der Realität politisierte, den Menschen zuhörte und ihre Meinung ändern konnte, gelang ihr ein Umdenken in Richtung des Vier-Säulen-Modells, das für Suchtkranke menschenwürdige Hilfeangebote bereitstellt.

Die Art und Weise, wie Lieberherr mit dem politisch heikelsten Thema der Stadtzürcher Politik der 1980-Jahre umgegangen ist, steht exemplarisch für ihre Person. Sie, die ihre Politik der Verbesserung des Lebens aller Mitglieder der Gesellschaft verschrieb, suchte stets das Gespräch. Funktionierte ein Austausch nicht, versuchte sie es mit anderen, oft mit Betroffenen. Ihr enger Austausch mit der Bevölkerung und ihr partizipativer Ansatz begründeten ihre Fähigkeit, ihre Politik anzupassen, sich von anderen Meinungen überzeugen zu lassen und Problemlagen mehrperspektivisch zu betrachten. Sie schlug immer wieder neue Wege ein, stets mit dem Ziel, die Menschen nicht paternalistisch zu behandeln, sondern ihre Handlungsmacht zu vergrössern. Emilie Lieberherr war überzeugt, dass transparente Information und Bildung zur Emanzipation führen – ein Anliegen, für das sie sich zeitlebens als Feministin, als Gründerin des Konsumentinnenforums, als Ständerätin, als erste Präsidentin der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen und zuletzt als Stadträtin einsetzte.

La révolution féministe

TEXTE: CLAIRE JOBIN

Dans son livre *La révolution féministe* publié en 2019 par les Éditions Amsterdam, Aurore Koechlin dresse un panorama des mouvements féministes en France et accessoirement aux Etats-Unis, tire un bilan assez mitigé de 40 années de lutte, propose une analyse de la situation des femmes en société capitaliste et s'interroge sur la stratégie à adopter pour que le renouveau du féminisme observé actuellement débouche sur une véritable révolution.

Le livre commence donc par une description critique des différentes vagues du féminisme en France et aux Etats-Unis. La première vague relative aux droits politiques (fin XIX^e et début du XX^e siècle) n'est que brièvement évoquée, car c'est la deuxième vague (les années 68) qui constitue pour l'auteure le début d'un mouvement féministe autonome avec le développement de trois grands courants féministes (matérialiste, différentialiste, « lutte de classes ») et la naissance du Mouvement de libération des femmes

(MLF) et du Mouvement pour la liberté de l'avortement et de la contraception (MLAC).

Le *black feminism*, en posant la question des femmes noires, absentes aussi bien des analyses féministes qu'antiracistes, est, selon elle, déterminant dans l'émergence de la troisième vague aux Etats-Unis (féminisme intersectionnel). La réception de l'intersectionnalité commence en France dans les années 2000 et est marquée par des points de clivage très forts, tels que le port du voile à l'école publique (2003) et la prostitution (2011).

Aurore Koechlin fait débiter la quatrième vague, l'actuelle, en Amérique latine avec des manifestations massives contre les féminicides (2015). Diverses mobilisations vont suivre dans d'autres pays. En France, la quatrième vague se caractérise surtout par la dénonciation des violences sexistes, mais sans auto-organisation des femmes ni mobilisation féministe de masse. D'où la nécessité pour l'auteure d'élaborer une théorie et une stratégie pour ce mouvement.

Pour cela elle se réfère à Marx et à son analyse du capitalisme et des classes sociales, ainsi qu'à la théorie de la reproduction sociale qui représente pour elle la version la plus élaborée d'une articulation entre féminisme et marxisme. Dans la théorie marxiste la force de travail est la source de l'accumulation capitaliste, d'où l'importance de la production et reproduction de cette force de travail par la prise en charge des enfants et le travail domestique, fonctions attribuées de longue date aux femmes. Ce que le capitalisme a repris en contrôlant plus étroitement la reproduction, ce qui expliquerait le renforcement de l'oppression et de l'exploitation des femmes.

Aurore Koechlin distingue deux stratégies fondamentales dans le féminisme contemporain. La stratégie réformiste (féminisme d'Etat ou institutionnel) entretient l'illusion d'un État neutre, susceptible par son action de réformer la société, alors que, selon elle, de véritables avancées féministes dépendent de l'instauration d'un rapport de forces. Quant à la stratégie intersectionnelle à la française, elle prend en considération, sans les hiérarchiser, plusieurs formes de domination. Ce qui a pour conséquence de diluer

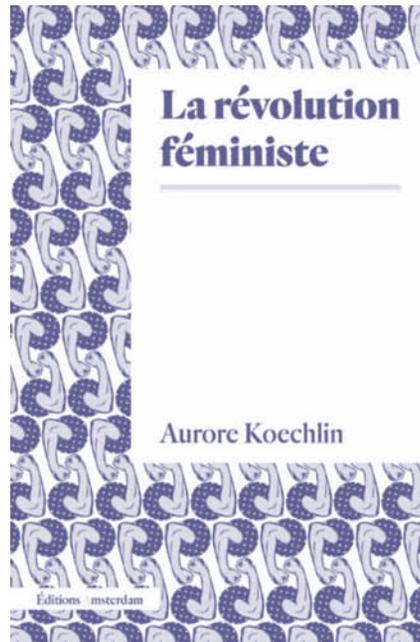
la question du pouvoir, de mettre l'accent sur l'individu et ses possibilités propres d'émancipation plutôt que d'analyser les structures sociales à la base des systèmes de discrimination.

Les deux stratégies s'étant révélées insuffisantes, l'auteure préconise une troisième qui sera marxiste et révolutionnaire. L'objectif est d'abattre un système qui combine trois rapports de domination (classe, race, genre). La base matérielle de ce système est le travail productif et reproductif, les deux étant liés. Il faut donc s'efforcer d'unifier les différents mouvements de lutte – relatifs au travail, féministes, antiracistes, anti-impérialistes – pour les faire converger vers un même but : le renversement du système capitaliste.

Discussion

Le livre est bien écrit, agréable à lire et contient beaucoup d'informations dans un volume limité. Sa lecture est stimulante, soulevant interrogations et réflexions ; de nombreux thèmes sont abordés. La partie historique expose clairement les différentes tendances et options et permet de se faire une bonne image des féminismes français.

La partie traitant de la théorie de la reproduction sociale et de la stratégie à adopter est plus problématique et l'on peut ne pas partager toutes les positions de l'auteure. L'essai d'articuler marxisme et féminisme me paraît le point le plus discutable. En fait, bien qu'Aurore Koechlin affirme qu'il existe un seul système, autant capitaliste que patriarcal, ce qu'elle présente ressemble plutôt à une intégration du patriarcat dans le système capitaliste. Comme si le capitalisme avait absorbé le patriarcat qui en devient désincarné, qui n'est plus un système d'oppression de la catégorie des femmes par celle des hommes. Le capitalisme a certes besoin que la force de travail se reproduise et que les coûts de cette reproduction soient les plus



imagine-t-on, par exemple, un syndicat adopter une résolution sur le partage des tâches domestiques ?

faibles possibles. Mais ceci n'explique pas l'absence de partage du travail domestique au sein des ménages, par exemple, ni les violences domestiques.

Les questionnements relatifs à la stratégie sont bienvenus : au-delà des combats sectoriels, quelle société voulons-nous et comment la faire advenir ? Mais la réponse reste très générale : œuvrer à la convergence des luttes, développer la prise en charge par le mouvement ouvrier des revendications relatives aux oppressions et intégrer des revendications « lutte de classe » dans les mouvements féministes et antiracistes. Un programme pas fondamentalement nouveau, difficile à concrétiser et peu réaliste sous certains aspects :

Vorbild und Vorurteil

TEXT: MARIANNE MEIER UND CORINNE RUFLI

Der Spitzensport offenbart immer wieder, dass er von einem patriarchalen Weltbild durchdrungen ist. Dagegen schreiben fünf Autorinnen im Buch *Vorbild und Vorurteil. Lesbische Spitzensportlerinnen erzählen an. Ist Frauenfussball ein Lesbensport? Warum haben Athletinnen auch im Jahr 2020 noch Angst, bei einem Coming-out ihr Sponsoring zu verlieren? Wie erging es den Pionierinnen im Handball? Die Publikation gibt Antworten und zeigt mit 28 persönlichen Geschichten, warum starke weibliche Vorbilder im Sport dringend nötig sind.*

Vorbild und Vorurteil. Lesbische Spitzensportlerinnen erzählen.

Von: Corinne Rufli, Marianne Meier, Monika Hofmann, Seraina Degen, Jeannine Borer

Verlag: Hier und Jetzt, Baden, 2020.

Weitere Informationen:
www.vorbildundvorurteil.ch

Die Publikation gibt Antworten und zeigt mit 28 persönlichen Geschichten, warum starke weibliche Vorbilder im Sport dringend nötig sind.

«Ich wollte nicht Fussball spielen und dann auch noch lesbisch sein. Dieses Klischee wollte ich nicht bestätigen», erzählt Profifussballerin Lara Dickenmann über ihre Jugendzeit. «Lange wusste ich nicht, wer ich sein will. Ich hatte zu wenig

Selbstvertrauen.» So kam es, dass sich die erfolgreichste Schweizer Fussballerin, die heute beim VfL Wolfsburg spielt und kürzlich ihre Mitspielerin geheiratet hat, erst vor zwei Jahren öffentlich outete.

Lara Dickenmann ist eine von 28 lesbischen aktiven und ehemaligen Top-Athletinnen aus der Schweiz, die im Buch *Vorbild und Vorurteil* offen und mutig aus ihrem Leben erzählen. Porträtiert werden Frauen aus Sportarten wie Rad, Speerwurf, Marathon, Ballett, Ski Alpin und Snowboard, Fussball und Handball sowie Boxen und Paartanz. Die Vielfalt der Frauen und ihrer Lebenswege ist gross, sodass Klischeevorstellungen entlarvt werden: Lesbische Elite-Athletinnen gibt es in allen Sportarten, auch dort, wo sie nicht vermutet werden. Dabei wird gezeigt, wie sich die Sichtbarkeit und Existenzberechtigung lesbischer Frauen im Spitzensport über die Jahre verändert hat.

Da ist zum Beispiel die 52-jährige Katharina Sutter, Weltmeisterin im Bob: «Oft fuhren wir mit den alten Schlitten der Männer, mit denen sie keine Rennen mehr bestreiten wollten. Das war zu Beginn der

Marianne Meier ist promovierte Historikerin und Sportpädagogin. Sie schrieb das erste Buch zur Geschichte des Schweizer Frauenfußballs. Corinne Rufli ist Historikerin und Autorin des Porträtbuchs über frauenliebende Frauen über siebzig. In einem SNF-Projekt forscht sie zur Lesbengeschichte der Schweiz. Beide arbeiten am Interdisziplinären Zentrum für Geschlechterforschung der Universität Bern und sind Co-Autorinnen von *Vorbild und Vorurteil*.

1990er-Jahre. Frauenbob hatte zu dieser Zeit keine grosse Bedeutung. Wir waren Sportlerinnen zweiter Klasse und wurden von manchen Männern belächelt. Als Pionierinnen kämpften wir deswegen nicht nur um Medaillen und Titel, sondern auch für Anerkennung und Akzeptanz.» Ihre Liebe zu einer Frau verheimlichte sie, da sie befürchtete, dass dies zum «Karrierekiller» werden könnte.

Anders ging es Rosmarie Oldani. Die 65-jährige ehemalige Spitzenhandballerin erlebte die Sportwelt als einen der wenigen Räume, in denen sie in den 1970er- und 1980er-Jahren offen leben konnte. «Im Handballteam war das Lesbischsein stets akzeptiert. Als junge Frau wurde mir damit eine Normalität vermittelt. Das war speziell, da lesbische Frauen ausserhalb des Sports kaum sichtbar waren.»

Sport wird oftmals als «Spiegel der Gesellschaft» bezeichnet. Durch die mediale Berichterstattung vermag Sport Trends zu setzen, aber auch Diskriminierungen wie Sexismus, Rassismus oder Homophobie zu thematisieren. Aus sport- und sozialhistorischer Perspektive zeigt dieses Buch auf, dass von der Norm abweichende Sportlerinnen jahrzehntelang keine

Vorbilder sein konnten, weil es sie schlicht und ergreifend nicht geben durfte. Im glamourösen Sport- und Medienbusiness mangelt es im Umgang mit dem Anderssein immer noch an Selbstverständlichkeit. Darum ist eine der Prämissen des Autorinnenkollektivs: Wir wollen Vorbilder sichtbar machen und Vorurteile abbauen.

«Im Nachhinein denke ich, dass ich das Coming-out anders hätte machen sollen – früher darüber reden oder dazu stehen», so Fussballstar Lara Dickenmann. «Als Kind und Jugendliche hatte ich niemanden, mit dem ich darüber sprechen konnte. Es gab in der Öffentlichkeit und vor allem im Sport keine Person, die dazu stand, lesbisch oder schwul zu sein. Wenn es nur jemandem hilft, sich zu öffnen und sich wohler zu fühlen, dann hat sich mein Coming-out bereits gelohnt.»



FemWiss-Vollversammlung

WANN: 23. September um 19:15 Uhr
WO: Feministisches Streikhaus,
Sihlquai 115 in 8005 Zürich

Die vergangenen Monate haben deutlich gezeigt, wie wichtig feministische Wissenschaft für eine kritische Perspektive auf gesellschaftspolitische Herausforderungen ist und bleibt.

An unserer Vollversammlung diskutieren wir deshalb mit Susan Peter, Vorständin der Dachorganisation Frauenhäuser Schweiz und Liechtenstein, und Susanne Nef, Dozentin und Projektleiterin Forschung an der ZHAW, **wie Synergien zwischen Forschung und Zivilgesellschaft hergestellt und sinnvoll genutzt werden können.**

Wir freuen uns auf zahlreiches Erscheinen, auf einen spannenden Austausch mit den beiden Gästinnen, auf eure Diskussionsbeiträge und darauf, beim Apéro im Anschluss mit euch anzustossen.

Anmeldung: info@femwiss.ch.

Call for Papers FemInfo 56

Feministische Wissenschaft

Was ist feministische Forschung und Wissenschaft eigentlich genau? Was bedeutet es, feministisch zu publizieren? Und mit welchen Widerständen waren feministische Beiträge in der Wissenschaftswelt früher, mit welchen sind sie heute konfrontiert?

Ideen bis 14. September an:
info@femwiss.ch.

Sciences féministes

Mais qu'est-ce que la recherche et les sciences féministes exactement? Que signifie publier des recherches féministes? Et avec quelle résistance les contributions féministes dans le monde scientifique ont-elles été confrontées dans le passé, et à quoi sont-elles confrontées aujourd'hui?

Des idées au 14 septembre:
info@femwiss.ch.

Beitritt zum Verein Feministische Wissenschaften Schweiz Adhésion à l'Association suisse Femmes Féminisme Recherche

Ich möchte Mitglied werden • Je souhaite devenir membre

Jahresbeitrag • Cotisation annuelle

In Ausbildung, erwerbslos, pensioniert CHF 45.–
En formation, sans revenu, retraitées CHF 45.–

Teilzeitverdienend CHF 85.–
Travail à temps partiel CHF 85.–

Vollzeitverdienend CHF 125.–
Travail à plein temps CHF 125.–

Kollektivmitglied CHF 155.–
Membre collectif CHF 155.–

Gönner*in CHF 205.–
Membre de soutien CHF 205.–

Ich möchte das FemInfo abonnieren CHF 50.–
(Nur für Institutionen)

Je souhaite m'abonner à FemInfo CHF 50.–
(Pour les institutions uniquement)

Name • Nom _____

Vorname • Prénom _____

Strasse • Rue _____

PLZ, Ort • CP, lieu _____

Tel. • Tél. _____

E-Mail • e-mail _____

Sprache • Langue _____

Datum, Unterschrift • Date, Signature _____

Einsenden an • Envoyer à

Verein Feministische Wissenschaft Schweiz, Postfach, 3001 Bern



F